

Konjunktur in Deutschland

Gesamtwirtschaftliche Lage

Deutsche Wirtschaftsleistung im Sommer 2022 entgegen den Erwartungen gewachsen

Die Wirtschaftsaktivität in Deutschland erhöhte sich im Sommer 2022 entgegen den Erwartungen. Obwohl die hohe Inflation und die Unsicherheit über die zukünftige Energieversorgung die Wirtschaft belasteten, wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 0,3%.¹⁾ Damit übertraf es erstmals wieder seinen Stand von vor der Corona-Pandemie. Die Aufhebung der meisten Corona-Schutzmaßnahmen sorgte für positive Impulse in manchen Dienstleistungsbereichen. Im Einzelhandel machte sich zwar aufgrund der hohen Inflationsraten und der Unsicherheit eine Kaufzurückhaltung der privaten Haushalte bemerkbar. Insgesamt stieg der private Verbrauch aber merklich an und erwies sich so als widerstandsfähiger als erwartet. Nachlassende Lieferengpässe und ein hoher Auftragsbestand stützten die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe. Auch die Ausrüstungsinvestitionen wurden durch die Entspannung in den Lieferketten begünstigt. Die Baukonjunktur schwächte sich vor dem Hintergrund hoher Baupreise, geschmälerter Kaufkraft und der höheren Finanzierungskosten ab.

Im laufenden Winterhalbjahr dürften die Abwärtskräfte deutlich überwiegen

In den kommenden Monaten wird die Inflationsrate wohl hoch und die Lage auf den Energiemärkten angespannt bleiben. Zusätzlich dürfte die schwächere globale Konjunktur auf die exportorientierte Industrie ausstrahlen. Die Aufholeffekte bei den konsumnahen Dienstleistungsbereichen laufen aus. Hinzu kommt, dass sich die in der Vergangenheit pandemiebedingt erhöhten staatlichen Konsumausgaben wahrscheinlich nach und nach normalisieren werden. Im laufenden Winterhalbjahr dürften die

Abwärtskräfte daher überwiegen, und die Wirtschaftsleistung könnte deutlich zurückgehen.

Die preisbereinigten Warenausfuhren sanken im Sommer sowohl in die Euro-Länder als auch in die Drittstaaten außerhalb des Euroraums deutlich. Nach Sektoren aufgegliedert gingen die preisbereinigten Ausfuhren von Konsumgütern zurück. Zudem blieben die Exporte von Vorleistungsgütern unverändert. Die Exporte von Investitionsgütern legten hingegen erneut zu.

Warenausfuhren rückläufig

Die gewerblichen Investitionen in Ausrüstungen stiegen im dritten Quartal wohl deutlich. Nachlassende Lieferengpässe dürften die Investitionstätigkeit begünstigt haben. Zudem war im zweiten Quartal der Rückstand der Ausrüstungsinvestitionen zum Stand von vor der Corona-Pandemie noch recht hoch gewesen. Sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland

Gewerbliche Investitionen in Ausrüstungen wohl deutlich gestiegen

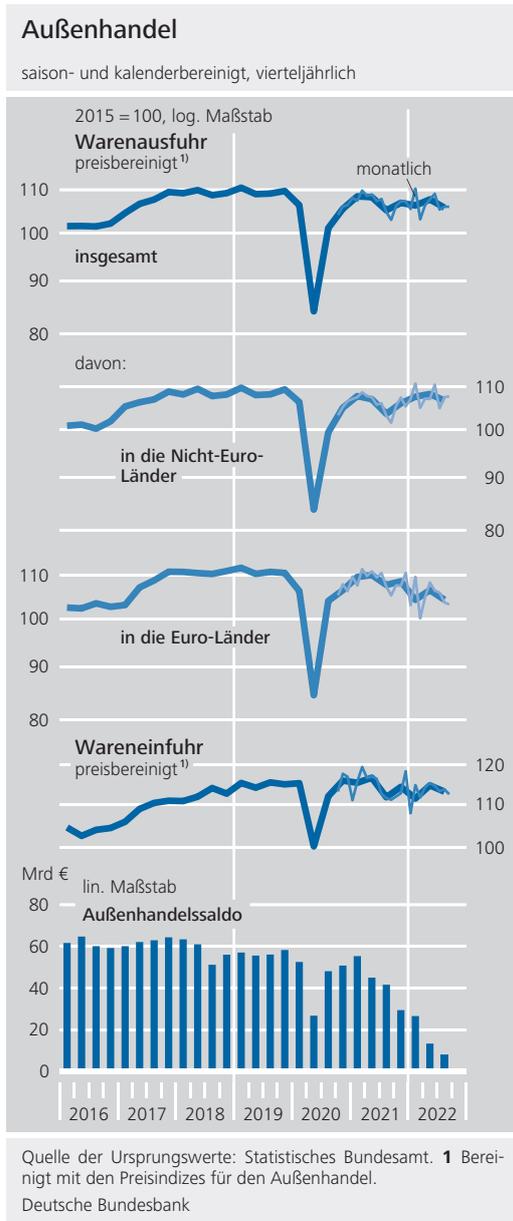
Gesamtwirtschaftliche Produktion

preis-, saison- und kalenderbereinigt



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ¹ Preis- und kalenderbereinigt.
 Deutsche Bundesbank

¹ Die Saisonbereinigung umfasst hier und im Folgenden auch die Ausschaltung von Kalendereinflüssen, sofern sie nachweisbar und quantifizierbar sind.



kraft und die höheren Finanzierungskosten dämpften die Bauinvestitionen. Die Umsätze im Bauhauptgewerbe erhöhten sich den bis August vorliegenden Angaben zufolge zwar. Dies dürfte aber auf hohe Preissteigerungen zurückzuführen sein. Besonders stark gingen wohl die Wohnungsbauinvestitionen zurück, während in gewerbliche Bauten etwas mehr investiert wurde. Die Investitionen in öffentliche Bauten blieben ohne Schwung.

Der private Verbrauch dürfte im Sommerquartal 2022 merklich zugelegt haben. Positive Impulse kamen von Aufholeffekten in zuvor durch Corona-Schutzmaßnahmen eingeschränkten Bereichen. So erhöhten sich die preisbereinigten Umsätze im Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren kräftig. Die privaten Haushalte kauften zudem verstärkt Pkw. Darauf deuten die Kfz-Neuzulassungen an private Halter hin, welche gemäß Angaben des VDA stark zulegten. Nachlassende Lieferengpässe könnten auch hier eine Rolle gespielt haben. Allerdings machten sich auch Auswirkungen der hohen Inflation und der Unsicherheit über die Energieversorgung bemerkbar. Die realen Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) gingen etwas zurück. Außerdem war die Konsumstimmung laut Umfragen des Marktforschungsinstituts GfK auf einem Rekordtief, und die Sparneigung stieg stark an.

Privater Verbrauch dürfte im Sommer zugelegt haben

wurden mehr Investitionsgüter bezogen. So legten die im Inland erzielten Umsätze der Hersteller von Investitionsgütern stark zu. Zudem wurden deutlich mehr Investitionsgüter importiert. Dabei investierten die Unternehmen auch verstärkt in ihre Fahrzeugflotten. Die Kfz-Zulassungen gewerblicher Halter und die Zulassungen von Nutzfahrzeugen erhöhten sich gemäß Angaben des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) kräftig.

Die Wareneinfuhren sanken im dritten Quartal 2022 in realer Rechnung merklich. Während die Einfuhren aus dem Euroraum spürbar stiegen, gingen sie aus den Drittstaaten außerhalb des Euroraums deutlich zurück. Die wertmäßigen Importe aus China, aus den neuen Industrieländern Asiens und aus den OPEC-Staaten gaben stark nach. Insbesondere die Einfuhren aus Russland verringerten sich kräftig. Dabei spielten die zunächst gedrosselten und dann ganz eingestellten Gaslieferungen aus Russland eine Rolle. Nach Sektoren aufgegliedert gingen die preisbereinigten Einfuhren von Vorleistungsgütern kräftig zurück. Hierfür waren die rückläufigen Chemieimporte ausschlaggebend, die in der ersten Jahreshälfte außerordentlich stark

Wareneinfuhren gesunken

Bauinvestitionen wohl gesunken

Die Bauinvestitionen dürften im Sommerquartal 2022 gesunken sein. Hierauf deutet die Produktion im Bau hin. Hohe Baupreise und angebotsseitige Engpässe sowie die geschälerte Kauf-

gestiegen waren. Dagegen wurden erheblich mehr Konsum- und Investitionsgüter importiert.

■ Sektorale Tendenzen

Hoher Auftragsbestand und Entspannung bei Lieferengpässen stützten Industrieproduktion

Die Industrieproduktion erhöhte sich im Sommerquartal 2022 saisonbereinigt etwas (+ 1/2 %). Hierzu dürfte beigetragen haben, dass sich die Lieferengpässe gemäß Umfragen des ifo Instituts etwas entspannten und der Auftragsbestand weiter außerordentlich hoch war. Dagegen dürften das zwischenzeitliche Niedrigwasser in deutschen Binnengewässern und damit einhergehende Einschränkungen im Gütertransport die Industrieproduktion im Sommer gedämpft haben. Außerdem belasteten die hohen Energiekosten die Produktion insbesondere in den energieintensiven Sektoren. So verringerte sich die Herstellung von chemischen Erzeugnissen, von Papier und Pappe, Glas und Keramik sowie die Verarbeitung von Steinen und Erden stark. Die Produktion von Vorleistungsgütern sank insgesamt deutlich. Auch die Herstellung von Konsumgütern ging etwas zurück. Die Fertigung von Investitionsgütern stieg dagegen auf breiter Basis kräftig.

Baukonjunktur schwächte sich vor dem Hintergrund hoher Baupreise, geschmälerter Kaufkraft und gestiegener Zinsen ab

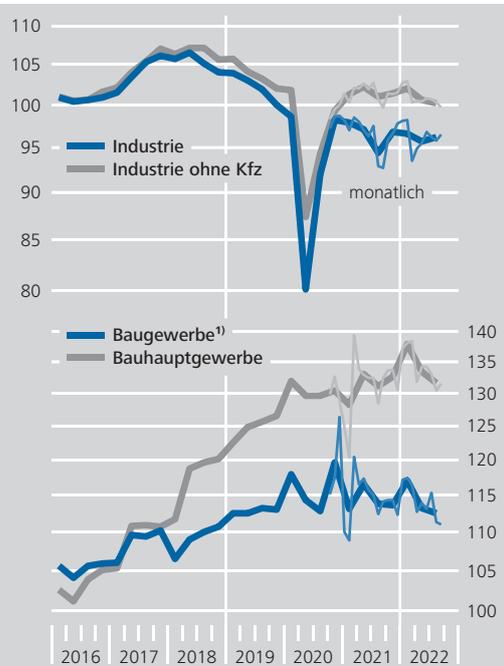
Die Produktion im Baugewerbe ging im Sommerquartal 2022 saisonbereinigt etwas zurück (- 1/2 %). Dabei sank sie im Bauhauptgewerbe spürbar, während sie im Ausbaugewerbe nahezu unverändert blieb. Hohe Baupreise, eine geschälerte Kaufkraft und gestiegene Bauzinsen dämpfen die Nachfrage nach Bauleistungen. Zudem belasten nach wie vor angebotsseitige Engpässe. Gemäß Umfragen des ifo Instituts nahm der Anteil der Unternehmen im Bauhauptgewerbe, deren Bautätigkeit durch einen Mangel an Arbeitskräften behindert wird, im Sommerquartal deutlich zu. Die Geräteauslastung war hingegen weiter rückläufig.

Im Dienstleistungssektor sorgten Aufhol-effekte für positive Impulse

Die Wirtschaftsleistung im Dienstleistungssektor dürfte im dritten Quartal 2022 gewachsen sein. Den bis August vorliegenden Angaben zufolge erhöhte sich die Dienstleistungsproduktion gegenüber dem Frühjahr merklich.²⁾ Der Wegfall

Produktion in der Industrie und im Baugewerbe

2015 = 100, saison- und kalenderbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. 1 Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe.
 Deutsche Bundesbank

von Corona-Schutzmaßnahmen sorgte für Aufholeffekte in zuvor eingeschränkten Branchen. In der Beherbergung stiegen die preisbereinigten Umsätze kräftig. In der Gastronomie gingen sie allerdings deutlich zurück. Zudem lief der Kfz-Handel schwungvoll. Die vom VDA erhobenen Pkw-Zulassungen legten kräftig zu. Dazu dürfte auch eine Entspannung bei den Lieferengpässen beigetragen haben. Außerdem konnte der Großhandel den bis August verfügbaren Angaben zufolge seine realen Umsätze kräftig steigern. Der Einzelhandel litt dagegen unter einer Kaufzurückhaltung der privaten Haushalte. Sie machte sich insbesondere in Bereichen bemerkbar, in denen Aufholeffekte keine Rolle spielten, wie dem Einzelhandel mit

2 Der Produktionsindex für den Dienstleistungssektor umfasst die Wirtschaftsabschnitte Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation, Grundstücks- und Wohnungswesen, Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen und Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

Arbeitsmarkt

saisonbereinigt, vierteljährlich



Quellen der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt und Bundesagentur für Arbeit. **1** Nicht saisonbereinigt. **2** Ohne Saisonstellen.

Deutsche Bundesbank

Möbeln, Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten und Baubedarf.

Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt bewegte sich in den Sommermonaten sowohl hinsichtlich der Beschäftigung als auch der Arbeitslosigkeit im Wesentlichen seitwärts. Die bislang sehr positiven Aussichten trübten sich jedoch ein. Derzeit befindet sich der Arbeitsmarkt in einem Spannungsfeld aus immer noch in vielen Branchen knapp besetzten Belegschaften, einer hohen Zahl an Vakanzen und langen Stellenbesetzungszeiten einerseits und zurückgehender Arbeitsnachfrage, vor allem in den besonders von Kostensteigerungen betroffenen Bereichen, andererseits. In den nächsten Monaten wird diese hohe Anspannung daher nachlassen. Der Arbeitsmarkt dürfte aber weitgehend stabil bleiben.

Arbeitsmarkt im Spannungsfeld von Arbeitskräfteknappheit einerseits und zurückgehender Arbeitsnachfrage andererseits

Die zuvor positive Beschäftigungsentwicklung kam im Laufe der Sommermonate praktisch zum Erliegen. Im Durchschnitt des Berichtsquartals übertraf die gesamte Erwerbstätigkeit den Stand des Vorquartals saisonbereinigt nur noch minimal. Gleichwohl legten die sozialversicherungspflichtige und die ausschließlich geringfügige Beschäftigung leicht zu. Hier reicht der aktuelle Berichtsstand allerdings nur bis August. Die Selbstständigkeit war weiter rückläufig.

Beschäftigungsanstieg kam im Sommer zum Erliegen

Hinter der stabilen Beschäftigungsentwicklung dürfte sich eine hohe Heterogenität auf der Unternehmensebene verbergen – je nach der Betroffenheit von Kostensteigerungen, Energieintensität der Produktion und den Absatzpartnern. Dagegen blieb die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung selbst auf der Ebene der Wirtschaftsabschnitte ganz überwiegend stabil. Eine Ausnahme bildete die Arbeitnehmerüberlassung, in der in Krisen als erstes Anpassungen am Personal vorgenommen werden. Im IT-Sektor und im Gastgewerbe wuchs die Beschäftigung dagegen zuletzt sogar noch erheblich. In letzterem dürfte sich noch ein Nachholeffekt nach Beendigung der Pandemiemaßnah-

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in fast allen Branchen langsamer gewachsen

men bemerkbar gemacht haben. In allen anderen Bereichen haben sich die Zuwachsraten stark verringert, sind jedoch weiter leicht positiv oder neutral.

Erhöhung des potenziellen Arbeitsangebots durch ukrainische Flüchtlinge

Die massive Zuwanderung im bisherigen Jahresverlauf steigert das potenzielle Arbeitsangebot und dämpft damit die hohe Arbeitsmarktanspannung. Hierbei bilden die ukrainischen Geflüchteten die zahlenmäßig dominante Gruppe. Im Oktober waren 423 000 erwerbsfähige Ukrainerinnen und Ukrainer mehr bei Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldet als im Februar vor dem russischen Überfall auf das Land. Der Bezug von Grundsicherungsleistungen ist auch für diese Personengruppe daran gebunden, dass sie prinzipiell erwerbsbereit sind. Allerdings stehen viele von ihnen dem Arbeitsmarkt nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung, weil sie Kinder betreuen, Bildungseinrichtungen besuchen oder an Integrationsmaßnahmen teilnehmen. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) meldete im Oktober 189 000 mehr Arbeitslose mit ukrainischer Nationalität als acht Monate zuvor.³⁾ Einige ukrainische Staatsangehörige haben seit Februar jedoch bereits eine sozialversicherungspflichtige Stelle gefunden. Ihre Zahl stieg bis August 2022 um 51 000 Personen.

Arbeitslosigkeit bereinigt um Effekt ukrainischer Geflüchteter nur geringfügig erhöht

Bei der BA waren im Oktober 2,52 Millionen Personen als arbeitslos registriert, die Quote betrug 5,5 %. Die Arbeitslosigkeit ist in den Monaten August bis Oktober nur geringfügig angestiegen, wenn man den Effekt der ukrainischen Flüchtlinge auf die Statistik herausrechnet.⁴⁾ Dies gilt trotz der kräftigen Erhöhung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns auf 12 € je Stunde auch für den Oktober. Zumindest kurzfristig sind also keine signifikanten negativen Auswirkungen daraus auf die Arbeitslosigkeit zu erkennen.

Weiterhin hohe Anspannung

Die Aussichten für den Arbeitsmarkt trübten sich in den vergangenen Monaten ein. Die Anspannung – ausgedrückt durch das Verhältnis aus dem weiterhin sehr hohen Niveau an offenen Stellen zur niedrigen Zahl der Arbeits-

losen – ist allerdings trotz eines leichten Rückgangs immer noch sehr hoch. Insofern dürfte sich in den kommenden Monaten zunächst die Anspannung weiter verringern, und der Beschäftigungsstand dürfte weniger in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die Zahl der bei der BA gemeldeten offenen sozialversicherungspflichtigen Stellen verminderte sich seit dem Höchststand im Mai dieses Jahres leicht. Das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot, welches das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) mit einer Umfrage erhebt, ging im Sommer gegenüber dem Rekordhoch vom Frühjahr nur unwesentlich zurück. Der Zeitraum, der bis zur Besetzung einer vakanten Stelle vergeht, ist gegenwärtig so lang wie noch nie in den vergangenen 30 Jahren. Normalerweise wäre dies ein Zeichen für ausgeprägte Fachkräfteengpässe. Möglicherweise zögern einige Unternehmen derzeit aber aufgrund der unsicheren wirtschaftlichen Perspektiven auch mit der Besetzung der von ihnen ausgeschriebenen Stellen. Der Zugang neuer offener Stellen ist jedenfalls stärker gesunken als der Bestand. Deutlich gefallen ist das Beschäftigungsbarometer des ifo Instituts, welches über Unternehmensbefragungen die Einstellungspläne der gewerblichen Wirtschaft für die nächsten drei Monate abbildet. Hier sanken die Aussichten im Oktober in den neutralen Bereich. Die Befragung des IAB unter den regionalen Leitern der Arbeitsagenturen zur Beschäftigungsentwicklung ist zwar weiterhin im expansiven Bereich, der Index ist aber ebenfalls gesunken.

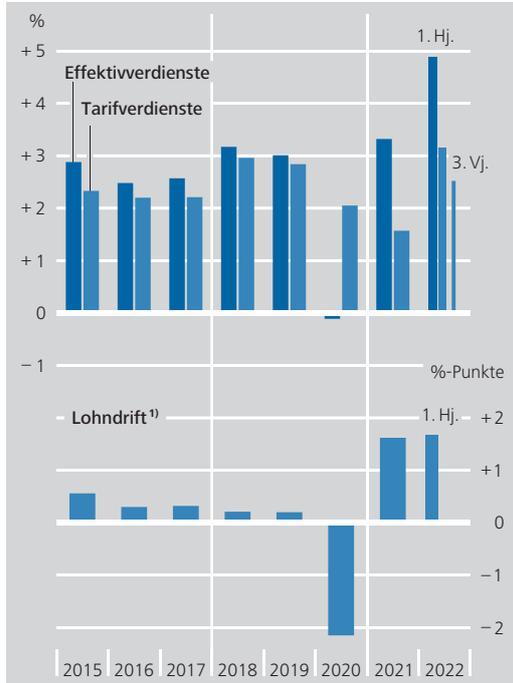
Beschäftigungsaussichten in den neutralen Bereich gesunken

³ Vgl.: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2022), S. 13. Allerdings sind die Zahlen zur Arbeitslosigkeit unter Ukrainerinnen und Ukrainern mit erhöhter Unsicherheit verbunden, da insbesondere die Verfügbarkeit am Arbeitsmarkt erst vorläufig geprüft wurde. Zunächst stand die Gewährung von Grundsicherungsleistungen im Vordergrund.

⁴ Da diese seit Juni in der Arbeitslosenstatistik erfasst werden, ist der Vorquartalsvergleich nicht sehr aussagekräftig. Für die vergangenen drei Monate August bis Oktober vermeldet die BA einen stetigen Anstieg der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit – ohne Effekt aus der Zuwanderung der Ukrainerinnen und Ukrainern – von insgesamt 21 000 Personen. Vgl.: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2022), S. 14.

Arbeitsentgelte und Lohndrift

Veränderung gegenüber Vorjahr, auf Monatsbasis



Quellen: Statistisches Bundesamt (Effektivverdienste) und Deutsche Bundesbank (Tarifverdienste). ¹⁾ Die Lohndrift wird als Vorjahresrate des Verhältnisses aus Effektiv- zu Tarifverdiensten berechnet.

Deutsche Bundesbank

Arbeitslosigkeit könnte moderat steigen

Die Inanspruchnahme der Kurzarbeit spielte zuletzt kaum noch eine Rolle. Seit Juli ist die maximale Inanspruchnahme nach dem Ende der meisten pandemiebedingten Einschränkungen wieder auf zwölf Monate verkürzt. Auch einige andere Ausnahmeregelungen gelten nicht mehr. Die Zahl der Anmeldungen zur Kurzarbeit hat sich gleichwohl im Oktober wieder spürbar erhöht. Die IAB-Befragung zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den nächsten drei Monaten signalisiert eine weiter moderat steigende Arbeitslosigkeit. Allerdings dürfte vor allem die Sucharbeitslosigkeit steigen. Die Aussichten auf eine neue Stelle sind weiterhin vergleichsweise gut.

■ Löhne und Preise

Die Tarifverdienste stiegen im Sommer 2022 weiterhin moderat. Unter Berücksichtigung der Nebenvereinbarungen erhöhten sie sich im dritten Quartal um 2,5 % gegenüber dem Vorjahr,

nach 1,9 %. Zur höheren Rate trugen auch im Vorjahr beschlossene Sonderzahlungen wie in der Metall- und Elektroindustrie bei. Die um solche Sonderzahlungen bereinigten Grundvergütungen legten im Sommer mit 2,2 % gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig stärker zu als im zweiten Quartal. Hier wirkten die pandemiebedingt niedrigen Anhebungen nach. Die Effektivverdienste dürften im dritten Quartal erneut stärker als die Tarifverdienste gestiegen sein. Wesentlich dafür dürfte das vor Jahresfrist – insbesondere wegen der damals noch relativ hohen Kurzarbeit – gedrückte durchschnittliche Verdienstniveau sein. Darüber hinaus könnten auch Vorzieheffekte des am 1. Oktober auf 12 € je Stunde angehobenen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns eine Rolle gespielt haben.

Tarifverdienste stiegen im Sommer weiter moderat, Effektivverdienste legten wohl stärker zu

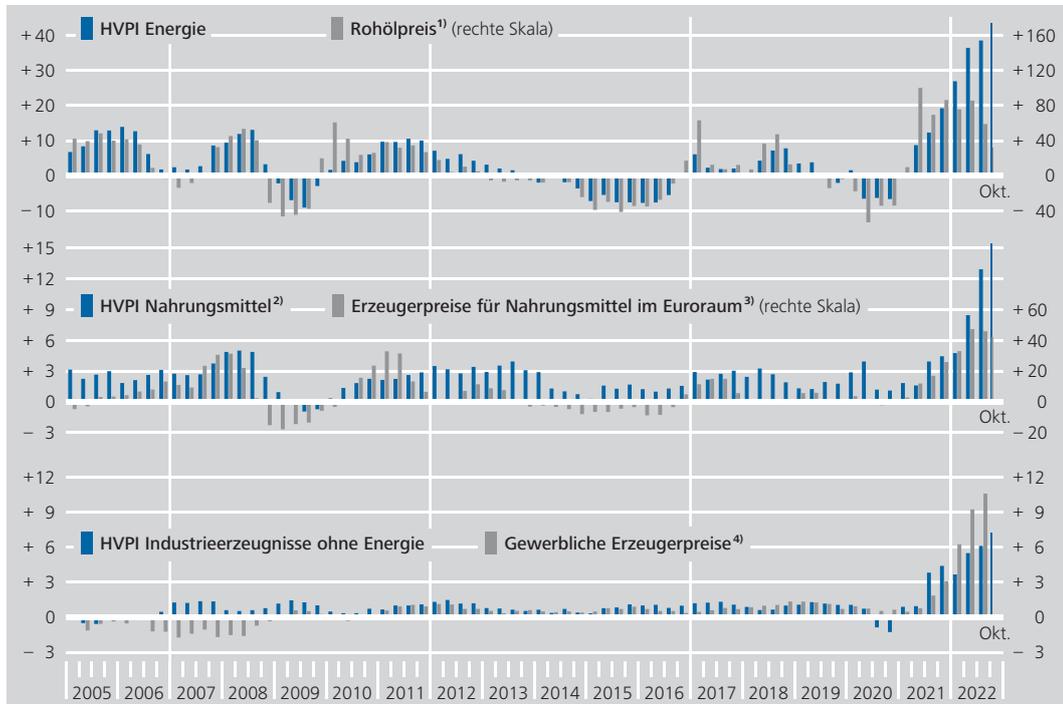
Die jüngsten Tarifabschlüsse fielen vermehrt kräftig aus. Insbesondere die ausgehandelten Lohnsteigerungen in der Chemieindustrie von auf Zwölfmonatsbasis umgerechnet 6 % und in der Metall- und Elektroindustrie von 5 ¼ % sind deutlich höher als in den Branchen üblich. Angesichts der in nächster Zeit wohl immer noch hohen Inflationsraten führt zumindest der Chemieabschluss aber voraussichtlich dennoch zu Brutto-Reallohnverlusten. Beim Netto-Lohnzuwachs sieht das Bild aus Arbeitnehmersicht etwas positiver aus. Dies liegt an der besonderen Struktur der Abschlüsse. Sie setzen sich aus einem unterhalb der erwarteten Inflation liegenden Anstieg der tabellenwirksamen Leistungen und zwei hohen, für Arbeitnehmer steuer- und sozialabgabenfreien Einmalzahlungen zusammen. Diese „Inflationsausgleichsprämien“ machen die Abschlüsse für die Arbeitnehmer attraktiver, weil die Löhne prozentual netto spürbar stärker zulegen als brutto.⁵⁾ Auch die Unternehmen könnten die Kombination aus

Jüngste Tarifabschlüsse mit höheren Lohnzuwächsen und besonderer Struktur

⁵⁾ Das am 25. Oktober 2022 im Bundesgesetzblatt verkündete „Gesetz zur temporären Senkung des Umsatzsteuersatzes auf Gaslieferungen über das Erdgasnetz“ räumt Arbeitgebern die Möglichkeit ein, ihren Beschäftigten ab dem 26. Oktober 2022 bis Ende Dezember 2024 zum Ausgleich für die hohe Inflation bis zu 3 000 € steuer- und abgabenfrei als Zuzahlung zu gewähren. Diese als Inflationsausgleichsprämie bezeichnete Entlastung kann als einmalige Zahlung oder alternativ in mehreren Teilbeträgen ausgezahlt werden.

Preisentwicklung auf den Wirtschaftsstufen in der für den HVPI relevanten Abgrenzung

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



1 Eigene Berechnung (in Euro) auf Basis der Tagesnotierungen in US-Dollar von Bloomberg Finance L.P. **2** Einschl. Getränke und Tabakwaren. **3** Berechnung der EZB zu sog. DG-Agri-Preisen auf Basis der „Farm-gate and wholesale market prices“ der Europäischen Kommission. **4** Analog zur HVPI-Abgrenzung „Industriegüter ohne Energie“; eigene Berechnung basierend auf Angaben des Statistischen Bundesamtes.
 Deutsche Bundesbank

vergleichsweise moderaten dauerhaften und vorübergehenden Lohnkomponenten als vorteilhafter einstufen als höhere dauerhafte Lohnsteigerungen. Die Tarifparteien haben also in den kommenden Lohnverhandlungen bis Ende 2024 – bis dahin gilt die Inflationsausgleichsprämie – grundsätzlich wohl ein Interesse an einer solchen Kombination. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht erleichtert sie es, zu niedrigeren Lohnzuwächsen zurückzukehren, wenn die temporären Komponenten auslaufen. Dies könnte das Ausmaß von Zweitrundeneffekten auf die Inflationsrate vor allem in der mittleren Frist mindern und dazu beitragen, dass sich die aktuell hohen Inflationsraten nicht noch weiter verfestigen.

anstieg, der ein Haupttreiber der gegenwärtig hohen Inflationsraten ist, verliert Deutschland als Nettoimporteur von Energie Kaufkraft und Wohlstand. Dies erschwert den von den Gewerkschaften mindestens angestrebten Reallohnerhalt. In den laufenden Verhandlungen fordern die Gewerkschaften angesichts der hohen Inflation außergewöhnlich hohe Lohnzuwächse. So verlangt die Gewerkschaft ver.di für den Öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen 10,5 % mehr Lohn für eine Laufzeit von zwölf Monaten. Es ist nicht damit zu rechnen, dass diese Forderungen zu tatsächlichen Lohnabschlüssen in gleicher Größenordnung führen. Auch wenn das nicht auf eine von der Lohnseite beschleunigte Inflationsentwicklung hindeutet, hat das Risiko von Zweitrundeneffekten zugenommen. Diese würden die Gefahr steigern, dass die Inflationsrate länger deutlich über dem mittelfristigen Ziel von 2 % im Euroraum bleibt.

Lohnforderungen der Gewerkschaften außergewöhnlich hoch

Die aktuellen Lohnverhandlungen finden im Spannungsfeld zwischen hoher Inflation und Arbeitsmarktknappheiten einerseits sowie einer drohenden Rezession und hoher Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung andererseits statt. Durch den Energiepreis-

Verbraucherpreise stiegen im Sommer trotz Entlastungsmaßnahmen weiterhin überaus dynamisch

Im Sommer stiegen die Verbraucherpreise (gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex, HVPI) in saisonbereinigter Betrachtung weiterhin überaus kräftig. Die bereits in den Vorquartalen sehr hohe Preisdynamik bei Nahrungsmitteln verstärkte sich noch einmal. Dahinter scheint bei Weitem nicht nur eine Weitergabe der höheren landwirtschaftlichen Erzeugerpreise zu stehen. Vermutlich spielen daneben in der Verarbeitung und im Handel höhere Kosten, wie die für Energie, eine Rolle. Auch die Verbraucherpreise für Energie stiegen trotz entlastender Faktoren weiter spürbar an. Zu letzteren gehören etwa die Abschaffung der Umlage für Erneuerbare Energien (EEG-Umlage), der Rückgang des Rohölpreises und der Tankrabatt, der noch bis August gültig war. Die entlastende Wirkung des niedrigeren Ölpreises wurde allerdings durch die anhaltende Abwertung des Euro geschmälert. Darüber hinaus wirkten andere Faktoren preistreibend, wie beispielsweise höhere Transportkosten für Heizöl infolge des Niedrigwassers in deutschen Binnengewässern. Schließlich wurden die Endkundertarife für Gas erneut sichtbar angehoben. Bei Industriegütern ohne Energie blieb die Preisdynamik auf der Verbraucherstufe im Einklang mit den Preisanstiegen auf den vorgelagerten Absatzstufen ungebrochen kräftig. Die Preise für Dienstleistungen verteuerten sich ebenso stark wie im Frühjahr, obwohl das Neun-Euro-Ticket noch bis Ende August einen dämpfenden Einfluss ausübte. Ohne die Mieten und die schwankungsanfälligen Preise für Reisen nahm der Preisanstieg bei den Dienstleistungen von hohem Niveau aus sogar noch einmal etwas zu. Hierzu dürften in einigen Teilbereichen auch Lohnanhebungen beigetragen haben.

Inflationsrate nach Auslaufen der temporären Entlastungsmaßnahmen im September erstmals zweistellig ...

Im Juni hatte sich der Anstieg des HVPI gegenüber dem Vorjahr aufgrund der in Kraft getretenen Entlastungsmaßnahmen (Tankrabatt und Neun-Euro-Ticket) leicht auf 8,2 % abgeschwächt. Nach dem Ende der Entlastungsmaßnahmen erreichte die Teuerung in Deutschland im September erstmals seit Anfang der 1950er Jahre einen zweistelligen Wert (10,9 %). Im Mittel des dritten Quartals erhöhte sich die Infla-

tionsrate von zuvor 8,3 % auf 9,4 %. Ohne Energie und Nahrungsmittel gerechnet zog sie trotz des dämpfenden Effekts des Neun-Euro-Tickets ebenfalls geringfügig auf 3,8 % an.

Im Oktober stiegen die Preise in saisonbereinigter Betrachtung gegenüber dem Vormonat erneut sehr kräftig um 1,1 % an. Die Energiepreise legten weiter spürbar zu. Die Endkundertarife für Gas und Elektrizität wurden merklich angehoben, obwohl die seit diesem Monat geltende Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf Gas – sowie auf Fernwärme – wohl nahezu vollständig weitergegeben wurde. Nahrungsmittel und Industriegüter ohne Energie verteuerten sich weiter dynamisch. Beim ebenfalls deutlichen Preisanstieg der Dienstleistungen dürfte auch der angehobene allgemeine gesetzliche Mindestlohn eine Rolle gespielt haben. Gegenüber dem Vorjahr weitete sich die Teuerungsrate insgesamt auf 11,6 % aus.⁶⁾ Ohne Energie und Nahrungsmittel erreichte sie 5,1 %, nach 4,7 %.

Die Inflationsrate könnte auch über den Jahreswechsel hinaus zweistellig bleiben. Nach wie vor herrscht auf den vorgelagerten Stufen ein starker Kostendruck, vor allem für Industrieerzeugnisse ohne Energie. Zwar waren die Marktnotierungen für Rohöl und andere Energieträger zuletzt rückläufig. Doch befinden sich die Preise überwiegend weiterhin auf sehr hohem Niveau, und die Weitergabe der gestiegenen Rohstoffpreise in die Endkundertarife für Strom und Gas ist noch nicht abgeschlossen. Die Übernahme der Gasabschlagszahlung durch den Staat im Dezember, die die erste Stufe der Gaspreisbremse darstellt, wird die Konsumenten zwar entlasten. Noch ist aber unklar, inwieweit sie sich in der amtlichen Preismessung und damit in der Inflationsrate niederschlägt. Die zweite Stufe der Gaspreisbremse, bei der wohl für ein Grundkontingent von 80 % des Gasverbrauchs der privaten Haushalte aus dem Vorjahr ein Garantiepreis von 12 ct/kWh veranschlagt

... und im Oktober weiter ausgeweitet

Auch in den nächsten Monaten möglicherweise zweistellige Inflationsraten

⁶⁾ Beim für nationale Zwecke berechneten Index (VPI) waren es 10,4 %, nach 10,0 %.

werden soll, könnte die Inflationsrate möglicherweise um fast 1 Prozentpunkt dämpfen. Auch hier ist allerdings die Unsicherheit bezüglich der Erfassung in der amtlichen Preismessung und bezüglich der Gaspreisentwicklung ohne Gaspreisbremse sehr hoch. Dies gilt gleichermaßen in Bezug auf die für den Jahresanfang avisierte Strompreisbremse. Sie könnte die ausgewiesene Inflationsrate vorübergehend zusätzlich dämpfen. Sobald die Gas- und Strompreisbremse auslaufen, kehrt sich die Wirkung auf die Inflationsrate um. Über die Entlastung der Konsumenten hinaus wäre ein direkt inflationsdämpfender Effekt der Bremsen auch deshalb sinnvoll, weil in der gegenwärtigen Phase rekordhoher Inflationsraten das Risiko besteht, dass sich die längerfristigen Inflationserwartungen zu stark an den jüngsten Inflationsdaten ausrichten.

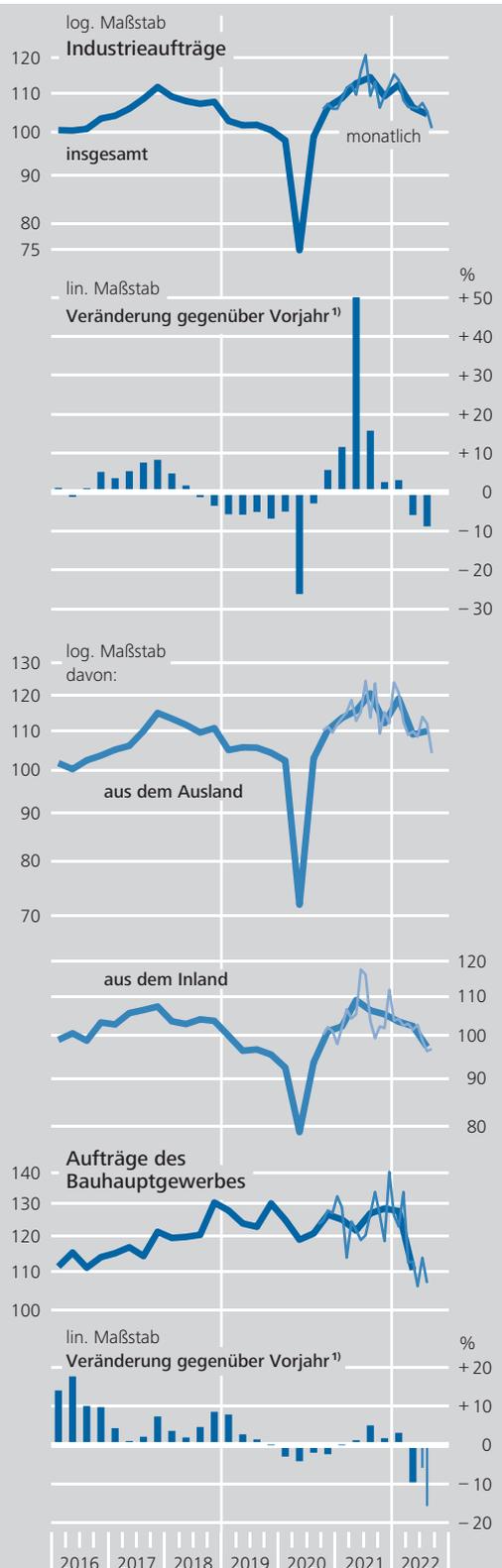
Auftragslage und Perspektiven

Im laufenden Winterhalbjahr dürfte die deutsche Wirtschaftsleistung deutlich sinken, ...

Die Wirtschaftsleistung dürfte im laufenden Winterhalbjahr deutlich zurückgehen. Die Unsicherheit über die Energieversorgung und ihre Kosten belastet die Unternehmen stark. Gemäß der jüngsten Herbstumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages sah ein Großteil der befragten Unternehmen in den Energie- und Rohstoffpreisen ein Geschäftsrisiko für die kommenden Monate. Im Oktober waren Geschäftslage und Geschäftserwartungen gemäß Umfragen des ifo Instituts in allen Sektoren schlechter als im Sommerquartal. Die kurzfristigen Produktionspläne und Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe waren überwiegend pessimistisch. Die Abschwächung der globalen Konjunktur dürfte sich in den Exporten niederschlagen, auch wenn der hohe Auftragsbestand und nachlassende Lieferengpässe in der Industrie die gedrückte Nachfrage etwas abfedern. Die hohe Inflation dämpft zudem den privaten Konsum und damit die Aktivität in den konsumnahen Dienstleistungsbereichen. Gleichzeitig werden die positiven Impulse aus dem Wegfall von

Nachfrage nach Industriegütern und Bauleistungen

Volumen, 2015 = 100, saison- und kalenderbereinigt, vierteljährlich



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ¹ Nur kalenderbereinigt.
 Deutsche Bundesbank

Corona-Schutzmaßnahmen wohl spürbar nachlassen. Hinzu kommt, dass die pandemiebezogenen staatlichen Konsumausgaben nach und nach entfallen dürften. Damit sinkt der Staatskonsum von dem zuvor erhöhten Niveau ab. Schließlich dürfte sich die Baukonjunktur weiter abkühlen.

... wobei das Ausmaß der Rezession äußerst unsicher ist

Damit ist insgesamt – trotz der höher als erwarteten wirtschaftlichen Aktivität im Sommerquartal – im Winterhalbjahr weiterhin eine Rezession der deutschen Wirtschaft zu erwarten. Deren Ausmaß ist allerdings äußerst unsicher. Eine Gasmangellage kann nach derzeitigem Stand wahrscheinlich vermieden werden. Voraussetzung dafür sind jedoch unter anderem ausreichende Gaseinsparungen, welche gerade bei den privaten Haushalten stark von der Temperatur abhängen. Sollte es doch zu einer Gasmangellage kommen, fiel der Rückgang des realen BIP stärker aus. Wenn der Gesetzgeber bei der Gaspreisbremse der Mehrheit der Gaskommision folgt, wird sie – ebenso wie die in Aussicht gestellte Strompreisbremse – die Preisanreize zum Energiesparen erhalten (siehe dazu die Ausführungen auf S. 61 sowie S. 71).

Industrieller Auftragseingang erneut gesunken; Auftragspolster aber weiter hoch

Der Auftragseingang in der Industrie ging im dritten Quartal 2022 weiter deutlich zurück. Dies lag an einem kräftigen Rückgang der Nachfrage aus dem Inland. Dagegen erhöhte sich der Auftragszufluss aus dem Ausland etwas. Nach Sektoren aufgliedert gingen bei den Produzenten von Konsumgütern und auch denjenigen von Vorleistungsgütern erheblich weniger Neuaufträge ein. Insbesondere in der chemischen Industrie sank der Orderzufluss stark. Bei den Produzenten von Investitionsgütern blieb der Auftragseingang stabil. Während die Neuaufträge im sonstigen Fahrzeugbau erheblich zurückgingen, stiegen sie im Kfz-Sektor kräftig. Trotz der rückläufigen Nachfrage ist das Auftragspolster in der Industrie weiter hoch. Die Reichweite des Auftragsbestandes im Verarbeitenden Gewerbe erreichte im Oktober gemäß Umfragen des ifo Instituts sogar einen neuen Höchststand. Außerdem ging gemäß

Umfragen des ifo Instituts der Anteil der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, deren Produktion durch Lieferengpässe beeinträchtigt wird, weiter zurück. Beides sollte die Industrieproduktion auch in den kommenden Monaten stützen. Allerdings ging gemäß Angaben des VDA die Stückzahl der produzierten Pkw im Oktober zurück.

Die Baukonjunktur dürfte sich weiter abkühlen. Gemäß Umfragen des ifo Instituts verschlechterte sich die Stimmung im Bauhauptgewerbe im Oktober deutlich. Hohe Baukosten und gestiegene Bauzinsen drücken zunehmend auf die Nachfrage nach Bauleistungen. So verringerte sich der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe im Juli und August – bis dahin liegen Angaben vor – gegenüber dem zweiten Quartal erneut etwas. Im Frühjahr waren die Neuaufträge bereits kräftig gesunken. Die Zahl der Baugenehmigungen verringerte sich im Sommerquartal erheblich. Die vom ifo Institut erhobene Reichweite der Auftragsbestände ging im Oktober weiter zurück. Außerdem behindert der Mangel an Arbeitskräften und Material immer noch die Bautätigkeit, auch wenn sich der Anteil der betroffenen Unternehmen zuletzt verringerte.

Baukonjunktur dürfte sich weiter abkühlen

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte dürften im Winterhalbjahr zurückgehen. Aufholeffekte nach den pandemiebedingten Einschränkungen laufen aus, und den möglichen Nachholeffekten steht die Schwächung der Kaufkraft und die Sorge vor hohen Energiekosten gegenüber. Der vom Marktforschungsinstitut GfK ermittelte Konsumklimaindex stabilisierte sich zuletzt auf sehr niedrigem Niveau. In den konsumnahen Dienstleistungsbereichen Einzelhandel und Gastgewerbe war die Lagebeurteilung der Unternehmen im Oktober gemäß ifo Umfragen deutlich schlechter als im dritten Quartal. Die Geschäftserwartungen wurden noch pessimistischer. Allerdings könnten die Kfz-Käufe weiter stützen. Hierauf deuten die Kfz-Zulassungen privater Halter im Oktober hin, die gemäß Angaben des VDA gegenüber dem Sommerquartal zulegen.

Privater Verbrauch dürfte im Winterhalbjahr zurückgehen

■ Literaturverzeichnis

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2022), Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt – Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, Nürnberg, Oktober 2022.